Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 499

Mündlicher Bericht

des Ausschusses
für Angelegenheiten der inneren Verwaltung
(8. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 198 -

betr. Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende

Berichterstatter:
Abgeordneter Maier (Freiburg)

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. im Ministerausschuß des Europarates die von allen deutschen Delegierten angenommene Empfehlung Nr. 51 der Beratenden Versammlung vom 23. September 1953 über die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende in allen Punkten zu befürworten;

2. in der nächsten Sitzung des Ministerrates des Europarates und der Europäischen Wirtschaftsorganisation (OEEC) unter Hinweis auf die früheren Empfehlungen des Europarates und der OEEC sowie die einstimmig angenommene Empfehlung Nr. 51 der Beratenden Versammlung die Abschaffung des Sichtvermerkszwangs vorzuschlagen, um so die Gegenseitigkeit der Aufhebung zwischen der Bundesrepublik und den anderen Mitgliedstaaten herzustellen;

3. in Noten gleichen Inhalts die Regierungen der Mitgliedstaaten unter Berufung auf die erwähnte Empfehlung zur Herstellung der Gegenseitigkeit aufzufordern;

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Rheinallee 20

4. als weiteren Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Freiheit des Personenverkehrs, wie sie in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestand, durch Erweiterung der Verordnung über Reiseausweise als Paßersatz und über die Befreiung von Paß- und Sichtvermerkzwang in der Fassung vom 30. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 465) für die Bürger der Staaten, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält,

   a) den Sichtvermerkzwang ganz abzuschaffen,

   b) den nationalen Personalausweis dieser Staaten als gültiges Ausweispapier für die Überschreitung der Grenzen des Bundesgebietes anzuerkennen,

   c) für die Nachbarstaaten Deutschlands, in denen es nationale Personal-Ausweise nicht gibt, auch andere Personalpapiere als Ersatz anzusehen;

5. durch Erweiterung der Verordnung vom 30. Juni 1953 für Deutsche von sich aus nur noch Personal-Ausweise zur Überschreitung der Grenzen der Bundesrepublik zu verlangen;

6. den unter Nr. 4 genannten Staaten von dieser Neuregelung Mitteilung zu machen und sie zu bitten, baldmöglichst entsprechende Maßnahmen zugunsten der deutschen Reisenden zu ergreifen.

Bonn, den 12. April 1954

Der Ausschuß
für Angelegenheiten der inneren Verwaltung

Maier (Freiburg)
Vorsitzender und Berichterstatter